

Bürgerbeteiligung stößt an Grenzen

Ex-Sozialstaatsrat Hoppensack: Verwaltung hält sich zurück / Bremer Stiftung plädiert für mehr Runde Tische

Bürgerbeteiligung in Bremen: Für den Senat „unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie“. Doch in der täglichen politischen Praxis werde hier und dort auf das Engagement der Bürger verzichtet, merken Experten kritisch an. Fazit von Hans-Christoph Hoppensack, der sich im Vorstand der Bürgerstiftung mit dem Thema beschäftigt: „Die Verwaltung ist kein Fan der Bürgerbeteiligung.“

VON RAINER KABBERT

Bremen. Rot-Grün hat sich im Koalitionsvertrag hehre Ziele gesetzt: Bürgerengagement solle unterstützt werden, ihr Wert für die Demokratie sei unverzichtbar. Die siebenköpfige Senatorenrunde beschäftigt sich heute mit einem Papier aus der Senatskanzlei, in dem auf 15 Seiten eine Kleine Anfrage der Grünen zu dieser Bürgerbeteiligung beantwortet wird.

Die Bilanz klingt beeindruckend: Alle Senatsressorts streben Bürgerbeteiligung an, das Beirätegesetz von 2010 schafft Mitwirkungschancen in den Stadtteilen über Planungskonferenzen, externe Experten begleiten Beiräte in Reformprozessen etwa im Schulsektor, Bürgerinitiativen sind mit Runden Tischen beispielsweise beim Thema A 281 eingebunden worden. Ebenso bei der Stadt- und Regionalentwicklung, als das Leitbild „Bremen! lebenswert – urban – vernetzt“ Konturen annahm. Erfolgreiche Bürgerbeteiligung sieht die Senatskanzlei auch in den Win-Projekten realisiert, den Modellen für „Wohnen in Nachbarschaften“. Bremen – Musterlande der Demokratie?

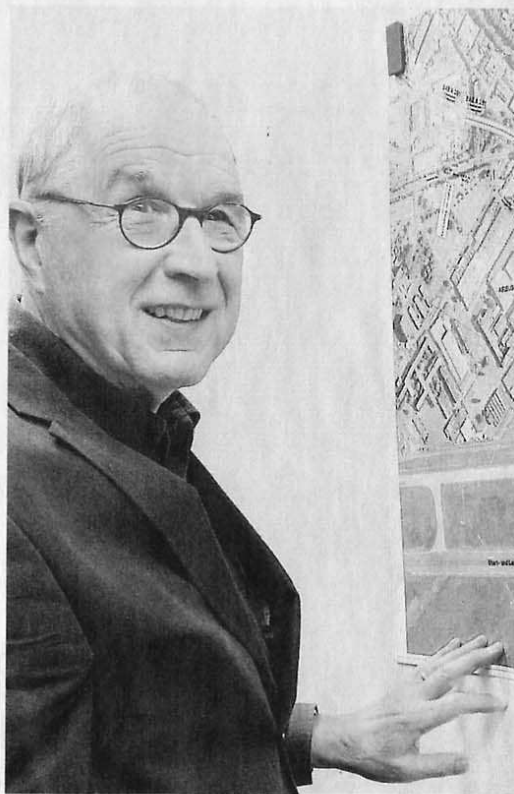
Bei genauerem Hinsehen wird Euphorie gebremst. Hans-Christoph Hoppensack beschäftigt sich schon einige Zeit mit der Organisierung des Bürgerwillens in der Bürgerstiftung Bremen und hat eher zwiespältige Erfahrungen mit der staatlichen Verwaltung gesammelt: „Bürgerbeteiligung? Die sind da eher zurückhaltend.“ Denn Experten der Bürokratie setzten voraus, umfassend über Themen informiert zu sein, alles durchdacht zu haben. „Die denken, Planungsaufträge zu haben und fühlen sich so ausreichend demokratisch geerdet.“

Erweiterte Mitwirkung

Für Hoppensack ist das zu kurz gedacht. Der frühere Sozial-Staatsrat beruft sich auf den Philosophen Niklas Luhmann, nach dem sich Demokratie durch Verfahren legitimiere. Und das bedeute eben auch, den Bürger rechtzeitig an Entscheidungsprozessen zu beteiligen – über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus, wie es etwa bei der Erstellung von Flächennutzungsplänen oder im Beiräte-Verfahren unverzichtbar ist. Als gelungenes Beispiel von Bürgerpartizipation betrachtet Hoppensack die Planungen für das Hulsberg-Viertel auf den frei werdenden Flächen auf dem Gelände des Klinikums Mitte.

Hoppensacks Bürgerstiftung hat einen Antrag in den Petitionsausschuss eingebracht, der auch übernommen wurde: Bei öffentlichen Projekten soll geprüft werden, ob eine erweiterte Mitwirkungsmöglichkeit der Bürger möglich ist. Damit sind etwa Runde Tische gemeint, bei denen Bürger frühzeitig in Planungs- und Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Für die Politik wäre dies nicht allein aus demokratietheoretischen, sondern auch aus praktischen Erwägungen wichtig. Denn den Planern wäre beispielsweise beim Thema A 281 viel (rechtlicher) Ärger erspart geblieben, hätten sie frühzeitig den Bürger eingebunden: „Niemand hatte die schweren Interessenkonflikte im Blick, die man im Vorfeld der A 281-Planung hätte



Fordert eine frühzeitige Einbindung der Bürger in Planungsprozesse: Hans-Christoph Hoppensack, hier beim Runden Tisch zur A 281.

FOTO: STOSS



austarieren müssen.“ Auch beim Thema „Gewerbeentwicklungsprogramm 2020“ hat die Verwaltung die Bürgerbeteiligung als „unverzichtbaren Bestandteil einer lebendigen Demokratie“ eher als vernachlässigbare Größe betrachtet.

So sollte das Gewerbegebiet Bayernstraße auf Kosten der Kleingartengebiete erweitert werden – ohne die Betroffenen einzubinden. „So ein tiefgehendes Schiff darf man nicht aus der Presse erfahren“, kritisiert Hans-Peter Mester, Leiter des Ortsamts West. „Dies ist kein Umgang, den man mit dem Bürger in Zeiten von Planungskonferenzen pflegen sollte.“

So appelliert Mester an die Verwaltungen, Beiräte und Bürger als Reservoir zu begreifen, von denen man auch lernen könne. Und er sieht Kollegen heranwachsen, die eine positive Einstellung zum Bürgerengagement hätten. Seine Hoffnungen ruhen dabei auch auf dem Beirätegesetz mit den vorgesehenen Planungskonferenzen, die nun mit Leben gefüllt werden sollen – „ergebnisoffen und auf Augenhöhe mit der Verwaltung“, wie Mester fordert.

Allerdings scheint die Politik auch Signale auszusenden, die Grenzen der Bürgerbeteiligung nicht unendlich auszuweiten. Jedenfalls ist die SPD-Abgeordnete Renate Möbius als Vorsitzende des Bürgerschaftsausschusses „Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte“ im Januar zurückgetreten, weil sie die Arbeit des Ausschusses, so hieß es, nicht genügend gewürdigt sah.

Hoppensack (SPD) vermutet hier bei einigen seiner Parteifreunde eine Haltung zum Thema Bürgerbeteiligung, die mehr von parteitaktischen Erwägungen geprägt ist: „Manche fragen offenbar: ‚Sind das unsere Wähler, für die wir uns hier einsetzen?‘ Wobei unterstellt wird, dass sich in den Foren der Bürgerpartizipation vor allem Leute mit höherem Bildungsstand engagieren.“

Gewerbegebiete Bayernstraße und Steindamm werden nicht erweitert

Der Konflikt um das Gewerbegebiet Bayernstraße ist beigelegt. Wie berichtet, sollten für eine Erweiterung des Gewerbegebietes bis zur Autobahn 27 in Walle Kleingartengebiete aufgegeben werden. Gestern wurde nach Informationen dieser Zeitung während einer Sitzung der SPD-Fraktion ein neuer Zeitplan verabredet. Danach hat das Wirtschaftsressort die strittige Erweiterung aus dem „Gewerbeentwicklungsprogramm 2020“ gestrichen. Zunächst soll jetzt ein Konzept für die Kleingärten im Bremer Westen erarbeitet werden, in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Gartenfreunde, den Vereinen und der Ortspolitik. Wenn Kleingartengebiete nicht mehr benötigt würden, könnten dann neue „Nutz-

zungsoptionen“ entwickelt werden. Dem Wirtschaftsressort fällt der Verzicht erklärtermaßen schwer, weil es an vergleichbaren Gewerbeflächen in Innenstadtnähe mangelt. Der Waller SPD-Abgeordnete Jürgen Pohlmann bezeichnete die Entscheidung hingegen als richtig: „Die Interessen der Menschen vor Ort werden ernst genommen.“ Auch die Erweiterung des Gewerbegebietes Steindamm in Burgdamm ist vom Tisch. Hier sollten Grünflächen genutzt werden, jetzt aber soll der Naturraum erhalten bleiben. Dritter Punkt in der Debatte: Es bleibt bei einer inhaltlichen Öffnung des Gewerbeparkes Hansalinie an der A1. Im zweiten Bauabschnitt sollen sich hier auch Logistik-Betriebe ansiedeln dürfen. (MBR)

ANZEIGE

APRIL FLÜGE
SONDERANG